

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4604

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4604



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 28. 1. 2024

Inhalt

Rückbesinnung auf kompetente Führung im Klassenzimmer	2
26. Januar 2024, Hanspeter Amstutz	2
An den Schulen boomt die «Neue Autorität»	4
Tages-Anzeiger, 16. Januar 2024, Schweiz, Nina Fargahi	4
«Ich würde sofort kleinere Klassen einführen»	5
Nebelspalter, 15. Januar 2024, Daniel Wahl	5
Es reicht nicht, das Smartphone zu verteufeln.....	9
Der Bund, 16. Januar 2024, Mirjam Comtesse, Naomi Jones	9
Wir müssen das Lesen schweizweit fördern	12
Tages-Anzeiger, 19. Januar 2024, Meinungen, Gastbeitrag Priska Bucher	12
Tausend Möglichkeiten	13
Weltwoche, 18. Januar 2024, Leserbrief	13
«Fehler zugeben!»	13
NZZ am Sonntag, 14. Januar 2024, Leserbrief	13
Das widerspricht den Versprechungen	14
Tages-Anzeiger, 16. Januar 2024, Leserbrief	14
Anfällig für ideologisch gefärbten Unterricht	14
Nebelspalter, 16. Januar 2024, Daniel Wahl	14
Das moralische Klassenzimmer	16
NZZ am Sonntag, 14. Januar 2024, Report & Debatte, Alain Zucker und Nicole Althaus	16
Veranstaltungshinweis	21
Integration – und was ist mit dem Recht auf Bildung für alle?	21
Starke Volksschule Zürich, Freitag, 2. Februar 2024, 19 Uhr	21



Wichtiger Hinweis:

Vergessen Sie unsere hoch aktuelle Veranstaltung über die umstrittene schulische Integration nicht!

Wir würden uns freuen, Sie beim Vortragsabend mit Eliane Perret und Riccardo Bonfranchi am 2. Februar in Zürich begrüßen zu dürfen. Mehr...

Rückbesinnung auf kompetente Führung im Klassenzimmer

26. Januar 2024, Hanspeter Amstutz

Autorität baut auf begründetes Vertrauen

Konzentriertes Lernen ist die Basis für erfolgreichen Unterricht. Die Fokussierung auf ein angestrebtes Lernziel ist mit Schülern, die in der Freizeit einer Dauerberieselung durch Push-Nachrichten ausgesetzt sind, eine riesige Herausforderung. Die Erfahrungen zeigen, dass diese Aufgabe nur gelingt, wenn Lehrkräfte mit innerer Überzeugung ihre Führungsfunktion übernehmen. Unweigerlich stellt sich dabei die Frage, wieweit die Autorität von Lehrkräften in einer individualistisch geprägten Gesellschaft noch unterstützt wird.

Im links dominierten Stadtzürcher Parlament wurde an der letzten Sitzung ein SVP-Vorstoss überwiesen, der mehr Sicherheitspersonal an Schulen verlangt und grundsätzlich die Autorität der Lehrkräfte stärken will. Das Postulat war eine Reaktion auf diverse Gewaltvorfälle im Schulbereich, die für einige Unruhe sorgten. Die ganze Entwicklung erstaunt nicht, wenn man auf gewisse extreme pädagogische Strömungen sieht. Allen Ernstes wird von manchen Dozenten an Pädagogischen Hochschulen die Meinung vertreten, Lehrpersonen müssten die Lernprozesse nur begleiten und sich möglichst unauffällig im Hintergrund halten. Pädagogischer Gestaltungskraft in Form von packenden Erzählungen, direkter Instruktion und gemeinsamen Übungsphasen im Klassenverband wird mit grösstem Misstrauen begegnet. Diese Einstellung sorgt dafür, dass im Eiltempo pädagogische Autorität verloren geht und ganze Klassen aus dem Ruder laufen. Viele Buben beginnen den Unterricht zu stören, wenn sie nicht wissen, wer der Chef im Klassenzimmer ist und was dieser Mensch fachlich zu bieten hat.

Erfolgreiche Pädagogik kommt nicht ohne ein gewisses Mass an reflektierter Autorität aus. Gebildete Erwachsene haben gegenüber Kindern einen deutlichen Wissensvorsprung. Kinder erleben tagtäglich in verschiedenen Bereichen dieses Wissensgefälle und sind grundsätzlich bereit, von Erwachsenen zu lernen, wenn diese sich verständnisvoll zeigen. Ganz besonders gilt diese natürliche Abhängigkeit in der Schule, wo Kinder erwarten, dass ihre Lehrerin sie richtig führt. Die allermeisten Mittelstufenschüler bringen ihrer Klassenlehrerin einen grossen Vorrat an Vertrauen entgegen, wenn sie mit Freude ihren Beruf ausübt. Dieses Urvertrauen ist das riesige Kapital, auf welchem jede echte pädagogische Autorität beruht. Umso wichtiger ist es, dass sich die Lehrpersonen ihrer grossen Verantwortung bewusst sind und begründete Autorität nicht durch fragwürdige Experimente untergraben wird.

Erfolgreiches Lernen ist mehr eine Bergtour als eine Seilbahnfahrt

Auch auf der Oberstufe ist dieser Wunsch nach einer im Unterricht führenden Lehrkraft bei den meisten Jugendlichen klar vorhanden. Das schliesst nicht aus, dass durch den entwicklungspsychologisch notwendigen Prozess der Abgrenzung von den Erwachsenen Phasen des Protests auftreten sollen. Teenager schauen auf jeden Fall genau, was die Persönlichkeit eines Lehrers ausmacht.



Kann ein Lehrer jedoch für ein Fach begeistern und bietet er Gewähr für grundlegende Fairness im Umgang mit Jugendlichen, folgen die allermeisten seinen pädagogischen Intentionen. Dieses Vertrauen erlaubt es einem Lehrer, den Weg zu einem Bildungsziel als herausfordernde Bergtour zu deklarieren. Das ist zwar strenger als eine Fahrt mit der Seilbahn, aber als Lohn winken unbezahlbare Gemeinschaftserlebnisse. Die pädagogische Festigkeit des Lehrers hilft dabei, auch mühsame Passagen zu überwinden.

Grosse Krisen beim pädagogischen Autoritätsbegriff sind in der Geschichte oft durch tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen ausgelöst worden. Die Auflehnung der 68-er gegenüber schikanierenden Lehrmethoden waren eine Reaktion der Jugend auf erstarrte Lebensformen der Weltkriegsgeneration ihrer Eltern. Vieles war damals morsch, und mancher Lehrer verwechselte Autorität mit autoritärem Verhalten. Doch mit der krassen Abwertung jeder Autorität wurde das Kind mit dem Bade ausgeschüttet.

Kulturelle Errungenschaften müssen kompetent vermittelt werden

Die heutige Welle gegen schulische Autorität hat andere Wurzeln als bei den 68-ern. Sie wird aus der Vorstellung abgeleitet, dass jedes Kind sich seine Welt weitgehend selbst erschaffen könne und individuell gefördert werden müsse. Dabei wird glatt unterschlagen, dass das Erlernen wesentlicher kultureller Errungenschaften eine hoch komplexe Aufgabe ist und ohne klare Führung kaum gelingt. Oft wird man auch den Eindruck nicht los, dass gewisse Exponenten der neuen Didaktik grundsätzlich Mühe haben, Autorität mit Vertrauen in Verbindung zu bringen und der unangenehmen Autoritätsfrage ausweichen. Verwirrende Vorstellungen über eine passive Lehrerrolle haben in der Volksschule bereits erheblichen Schaden angerichtet. Wenn zutiefst verunsicherte Lehrpersonen es nicht mehr wagen, aus der Rolle der grauen Maus herauszuschlüpfen und in ihren Klassen die Führung zu übernehmen, führt dies unweigerlich zu mehr disziplinarischen Problemen.

Unsere ersten beiden Beiträge befassen sich vor allem mit der Frage, was zu tun ist, um den Lehrkräften Autorität und Gestaltungsfreiheit zurückzugeben. Beim ersten Text wundert man sich, dass so viel Selbstverständliches wieder in Erinnerung gerufen werden muss. Der zweite Beitrag in Form eines Interviews ist eine erfrischende Abrechnung mit didaktischen Fehlentwicklungen und praxisfernen Schulideologien.

Eine gute schulische Allgemeinbildung fördert die Lesefreude

Im zweiten Themenblock geht es um die Leseförderung in Schule und Freizeit. Die Beiträge zeigen sehr schön auf, dass es einer koordinierten Anstrengung bedarf, um mehr Jugendliche für die farbigere Welt der Bücher zu gewinnen. Es ist offensichtlich, dass mit dem Konsumieren unzähliger Kurzbotschaften auf den Smartphones die Fähigkeit zum vertieften Lesen verkümmert. Was in den hier veröffentlichten Texten leider fehlt, ist eine klare Botschaft, dass die Schule eine pädagogisch überzeugende Antwort auf den überbordenden digitalen Konsum im Freizeitbereich geben müsste. Es ist die Aufgabe gut ausgebildeter Lehrkräfte, in lebendigen Lektionen und mit sehr dosiertem Einsatz digitaler Geräte wesentliche Bildungsinhalte zu vermitteln. Die Realienfächer mit Geschichte, Geografie und Naturwissenschaften bieten beste Gelegenheiten, ein Stück Welt ins Schulzimmer zu holen und in Klassengesprächen darüber zu reden. Wo schülergerecht aufbereitetes Allgemeinwissen so erworben wird, wächst das Interesse an weiterführender Lektüre.

Wie immer finden Sie in unserem Newsletter eine kleine Auswahl an gepfefferten Leserbriefen. Zusätzlich haben wir noch einen dritten Themenblock angefügt, in welchem zwei Beiträge sich mit ideologisch gefärbtem Unterricht befassen. Es geht um die Frage, wieweit die Volksschule und die Gymnasien bei Themen wie Klimaschutz, Gleichstellung der Geschlechter oder veganer Ernährung Position beziehen sollen.



An den Schulen boomt die «Neue Autorität»

Tages-Anzeiger, 16. Januar 2024, Schweiz, Nina Fargahi

Respekt statt Strafe Es schwappt gerade eine Welle der Begeisterung durchs Land. Sie gilt einem neuen pädagogischen Modell. Wie revolutionär ist dieses? Ein Schulleiter und eine Ausbilderin geben Auskunft.

Es geschah an der Primarschule in Bern Bethlehem kurz vor Weihnachten: Mehrere Schüler der fünften und sechsten Klasse umzingelten eine Lehrerin und riefen «Allahu Akbar». Einer der beteiligten Schüler sagte danach, es sei «nur ein Scherz» gewesen. Doch der Vorfall löste Empörung aus. Schulleiter Sebastian Teuscher schrieb in einem Brief an die Eltern: «Die Situation hat uns als Schule schockiert.»

Das Ereignis wurde aufgearbeitet. Und zwar mit dem Ansatz der sogenannten Neuen Autorität. Das heisst: Der Schulleiter hat Gespräche mit den acht beteiligten Schülern und ihren Eltern geführt. Dabei wurde die Grenzüberschreitung besprochen und eine Vereinbarung ausgearbeitet. Darin wird festgehalten, dass so etwas nicht mehr passieren dürfe, ansonsten komme es zu einem Unterrichtsausschluss oder einem Verweis. Die Klassen, Lehrpersonen und Eltern wurden über den Prozess informiert.

Beziehungen fördern, nicht bestrafen

«Es geht um Beziehungsangebote, das Respektieren von Grenzen, nicht um Bestrafung», sagt Teuscher. Die Schule in Bern Bethlehem arbeitet seit sieben Jahren nach dem Modell der «Neuen Autorität». Es stammt ursprünglich aus der Familientherapie und beschreibt ein pädagogisches Konzept, das auf einem Buch des israelischen Psychologen Haim Omer von 1999 basiert.

Doch was genau will dieses Konzept? Der Name irritiert, denn der Denkansatz ist weder neu, noch steht die Autorität im Fokus. Es geht konkret um folgende fünf Pfeiler, die sich gemäss Teuscher so zusammenfassen lassen:

Präsenz: Die Lehrperson ist aufmerksam und bemüht sich um die Schülerinnen und Schüler - auch wenn es schwierig wird.

Abgrenzung: Die Lehrperson gibt nicht nach, aber sie gibt die Beziehung zu den Schülerinnen und Schülern nicht auf.

Selbstkontrolle: Die Lehrperson bleibt ruhig und lässt sich nicht provozieren, sie will die Schülerinnen und Schüler nicht kontrollieren, sie kann nur ihr eigenes Verhalten reflektieren und ändern.

Wiedergutmachung: Wenn eine Schülerin, ein Schüler Schaden angerichtet hat, erhält er oder sie die Möglichkeit, es wiedergutzumachen.

Vernetzung: Die Lehrperson ist nicht allein und darf sich jederzeit Unterstützung holen.

In der Schule in Bern Bethlehem hängen diese Leitsätze in verschiedenen Variationen im Klassenzimmer. Zweimal im Jahr bearbeiten die Schülerinnen und Schüler einen Vormittag lang diese Leitsätze und musizieren dazu. Manchmal fassen sie die Leitsätze zusammen, wie zum Beispiel unter dem momentanen Slogan «Miteinander stark».

Teuscher sagt: «Die klassische Autorität hat ausgedient.» Angst machen, Drohen, Erpressen, Anschreien, Manipulieren - alles vorbei. Stattdessen sollten Lehrpersonen und Eltern auf verbindliche Regeln, Respekt und Strukturen setzen. «In diesem Rahmen sind ein schöner Alltag, Kreativität und Produktivität möglich», ist Teuscher überzeugt. An die Stelle einer Autorität durch Macht trete eine neue Autorität durch Beziehungsarbeit.

«An der Grenze der Belastbarkeit»

Immer mehr Schulen interessieren sich für das Konzept. Allein im deutschsprachigen Kantonsteil von Bern haben 121 Einführungs- und Vertiefungskurse seit 2021 stattgefunden, teils an den Schulen selbst, teils an der Hochschule. Zum Angebot gehören ergänzend Beratungen und Supervi-



sionen. Volksschulen profitieren von Subventionen, wenn sie die Kurse der Pädagogischen Hochschule Bern buchen. Auch in Zürich bietet die Pädagogische Hochschule schulinterne Weiterbildungen zum Thema an, jeweils spezifisch für die gewünschte Schulstufe.

Warum kommt dieser Ansatz gerade jetzt in den Schweizer Klassenzimmern vermehrt zur Anwendung? «Das Schulsystem ist an der Grenze der Belastbarkeit angelangt», sagt Karin Joachim, die an der Pädagogischen Hochschule Bern Kurse zur Neuen Autorität gibt. Deshalb sei man auf der Suche nach Lösungen, die den Schulalltag für alle involvierten Personen einfacher und erfüllender machen. Sie spricht von einer «Begeisterungswelle an den Schulen für das Modell der Neuen Autorität».

Auch in der Privatwirtschaft ein Thema

In Zürich befindet sich das Institut für neue Autorität, das den Ansatz in die Schweiz gebracht hat. Mitinhaberin Susan Krausse bestätigt das steigende Interesse an diesem Konzept: «Der Ansatz gewinnt in Schulen, sozialen Institutionen und neuerdings auch in der Privatwirtschaft immer mehr an Bedeutung.» Die Nachfrage nach Seminaren und Zertifikatslehrgängen nehme zu.

Dozentin Karin Joachim sagt über den Boom: «Man hat heute den schulischen Anspruch, nicht mehr alle Kinder über einen Leisten zu schlagen.» Nicht nur die Schulleitungen interessierten sich für neue Arten der Führung, auch Eltern möchten nicht mehr nur bequeme Kinder heranziehen, die zu allem Ja und Amen sagen würden. «Es geht darum, dass Kinder entwicklungsfördernde Erfahrungen mit Grenzsetzungen und der Auseinandersetzung mit Schwierigkeiten im Leben machen können, ohne dass dies durch Angsteinflössung, Machtmissbrauch oder Drohen geschieht», sagt Joachim. Das bedeute nicht, dass man den Kindern alle Hindernisse aus dem Weg räume.

«Ich würde sofort kleinere Klassen einführen»

Nebelspalter, 15. Januar 2024, Daniel Wahl

Interview über die Ursachen der Bildungsmisere

Der Wandel des Schulwesens bekümmert die beiden Lehrer, Daniel Wirz und Jérôme Schwyzer. Wirz, Gründer einer Rudolf-Steiner-Schule in der Innerschweiz und Gastdozent an den Pädagogischen Hochschulen in Zug und Zürich, trauert der Zeit als Lehrbeauftragter am Lehrerseminar Zug (Vorgänger der Pädagogischen Fachhochschule, PH) nach. Schwyzer unterrichtet als Sekundarlehrer und hat das Lehrernetzwerk Schweiz aufgebaut, auch um neue Perspektiven im Bildungswesen schaffen zu können.

Herr Schwyzer, Herr Wirz, die jüngste PISA-Erhebung hat ergeben: Im teuersten Schulsystem der Welt verstehen knapp 25 Prozent der Schulabgänger nach neun Jahren obligatorischer Schule einen Text nicht. Was geht Ihnen als Lehrer durch den Kopf?

Jérôme Schwyzer: Ich begrüsse das PISA-Modell als solches nicht unbedingt und erachte solche Rankings als wenig sinnvoll. Rankings kennen wir ja vor allem aus den USA, und wir wissen, wie es dort um die Bildung steht. Die neusten Resultate sind natürlich alarmierend und so nicht hinnehmbar. Die Gründe sind sicher vielfältig. Mir fällt auf, dass – verschärft noch durch den Lehrplan 21 – immer mehr in die Breite statt in die Tiefe gegangen wird. Die Schüler wissen von allem ein Bisschen etwas, aber die Tiefe fehlt oft.

Daniel Wirz: Die neusten PISA-Ergebnisse sind eher beschämend und wurden schöngeredet. Das Nichterfüllen von Mindestanforderungen eines knappen Viertels der Schulabgänger im Fach Deutsch hat ganz verschiedene Ursachen: Von «oben» verordnet und gegen den Willen der Lehrerschaft, wurde vor Jahren die sogenannte Inklusion eingeführt. Sie beinhaltet: Aufhebung der Sonderklassen. Nebst den vielen fremdsprachigen Kindern sollen jetzt auch noch Lernbehinderte oder anderswie beeinträchtigte Kinder in die Klassen aufgenommen werden. Gezwungenermassen muss,



die Lehrperson unterstützend, ein ganzer Tross von entlastenden Fachkräften dem Lehrer, der Lehrerin zur Seite gestellt werden. Kein Wunder also diese enormen Kosten! Hinzu kommt die Omnipräsenz der Medien. Sie machen manchen Lehrpersonen das Leben schwer.

Das müssen Sie näher erklären.

DW: Die verschiedenen smarten Geräte entpuppen sich als penetrante Aufmerksamkeitsräuber. Sie stören den eigentlichen Lernprozess und erschweren den nahen Kontakt zum Lehrer, zur Lehrerin als Bezugsperson. Selbstverständlich ist es entscheidend, wann und wie lange man Medien einsetzt. Und dennoch: Prominente Neurowissenschaftler, wie etwa Professor Manfred Spitzer, raten mit guten Gründen dazu, heranwachsende Kinder mindestens bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres von diesen Geräten fernzuhalten.

JS: Bedenklich finde ich, wenn die Schulen deren Einsatz befeuern, noch häufiger Laptops und Tablets einsetzen und die Hausaufgaben auf solche Geräte schicken. Statt deren Einsatz zu reduzieren. Finnland und Schweden haben inzwischen festgestellt, dass solches Lernen nicht nachhaltig ist. Nun muss dort wieder Blatt und Bleistift in die Hand genommen werden. Auch inhaltlich werden die Akzente falsch gesetzt: Man unterrichtet Gender, nachhaltige Entwicklung und ähnliches, was nicht zur Kernaufgabe der Schule gehört, und fokussiert viel früh auf zwei Fremdsprachen – in einer Zeit, in welcher viele Schüler noch nicht einmal des Deutschen mächtig sind. Für nichts bleibt ausreichend Zeit, um zu üben und zu vertiefen. Nicht nur Deutsch und Mathematik bleiben dabei auf der Strecke. Wenn wir schon bei den Fehlentwicklungen sind: Lautgetreues Schreiben gehört auch dazu. Wenn Kinder «viel» mit «f» schreiben und dies nicht korrigiert wird, prägen die Kinder sich das Wortbild falsch ein.

Herr Wirz, weshalb kritisieren Sie den sogenannten modernen Unterricht?

DW: Die Ablenkung, zu denen die Geräte verführen, sind nachweislich mitverantwortlich für den Leistungseinbruch bei Schülerinnen und Schülern. Und auf Seiten der Lehrer: Sie delegieren die Stoffvermittlung teilweise an ein Gerät, an ein anonymes Programm. Wirksamer wäre, wenn sich der Lehrer, die Lehrerin selber eingehend mit einem Unterrichtsinhalt verbindet, ehe dieser an die Kinder weitervermittelt wird. Unterricht in sogenannten Epochen (Konzentration auf ein einziges Fach in den ersten zwei Unterrichtsstunden und dies über drei bis vier Wochen) führt zu einer messbaren Effizienzsteigerung. Unterricht im Stunden-Stakkato (45-Minuten-Takt) erstickt nachhaltiges Lernen im Keim.

Für mich ist eigenartig, dass die Migration als Belastung der Schulen im Zusammenhang mit dem Leistungsabfall kein Thema ist. Der Aufwand, um andere Kulturen zu integrieren, ist doch enorm und geht auf Kosten der Stoffvermittlung.

JS: Man müsste genauer wissen, welche Schüler die Mindestanforderungen nicht erreichen. Wie setzen sich diese 25 Prozent zusammen? Sind das Eingewanderte, sind das Schweizer? Ich stelle einfach fest, dass die Problemkinder in der Realschule, im C, landen. Da sind dann von 18 Kindern oft 13 oder mehr Ausländer, welche überfordert sind, und das gibt dann eine Dynamik, die zu Frustration führt. Früher war diese Schule für angehende Handwerker konzipiert, jetzt ist sie ein Sammelbecken für, für ...

DW: ... für Ausgesteuerte.

JS: Das kann man sagen. Und man muss beachten, dass die Schule das asylpolitische Thema gar ändern kann. Sie muss das Problem einfach zu lösen versuchen. Obschon zu sagen ist, dass ich persönlich auch sehr viele gute Erfahrungen mit Ausländern machte und mache. Es sind oft auch hoch motivierte Schüler, die Freude machen.

DW: Hinzu kommt noch, dass Lehrerinnen und Lehrer ihre Sprache gezwungenermassen «nach unten» anpassen müssen. Sie verwenden eine möglichst simple Sprache, weil sie verstanden werden wollen. Die Nuancen, die die Deutsche Sprache bietet, gehen so leicht unter. Ein herber Verlust.

JS: Wäre ich Bildungsdirektor, ich würde sofort kleinere Klassen einführen. Die Höchstzahl betrüge 18 statt 25. Und ich würde dem Klassenlehrer die volle Verantwortung übertragen. Das



würde zwar zur Einstellung weiterer Lehrer führen. Ich glaube sogar, die würden sich im Markt finden lassen, weil das Schulgeben wieder attraktiver würde. Im Gegenzug aber bräuchte es weniger teure Heil- und Sonderpädagogen.

Stärkung des Klassenlehrers! Mit welcher Reform hat er Verantwortung abgeben müssen?

DW: Der Klassenlehrer verlor Verantwortung, weil er Fächer abgeben musste und die Schule bereits im Primarschulbereich ein Fachlehrersystem eingeführt hat. Das hat der Beziehung der Klassenlehrerin zu ihren Schülern und ihrer Autorität geschadet. Die Zeiten des hoch geachteten «Dorflehrers» sind längst passé. Die Kinder bräuchten im besten Fall eine Bezugsperson, mit der sie sich verbinden können. Dann ist da noch die Schulleitung, die dem Kollegium dienen soll, aber ohne sich in die Pädagogische Verantwortung der einzelnen Lehrkraft einzumischen. Vergleichbar sehe ich die Funktion der Bildungsbehörden, welche die garantierte Methodenfreiheit der Lehrerinnen und Lehrer zu respektieren hätte. Die staatliche Bevormundung der Lehrpersonen treibt zuweilen sonderbare Blüten. So etwa will «Vater Staat» – um nur ein Beispiel zu nennen – bei der Auswahl von Lehrpersonen mitbestimmen. Natürlich liegt dafür die Verantwortung ganz und gar auf Seiten des jeweiligen Kollegiums.

Da sind wir beim Thema «Bürokratisierung» der Schule. Ich habe nie erlebt, dass sie abgebaut wurde ...

JS: Ein schwieriges Thema. Ich bin schon seit zwölf Jahren Lehrer. Und man sagte mir damals schon: «Wir haben zu viel Bürokratie.»

Berichten Sie mir nur von den drei unsinnigsten Vorschriften.

JS: Ich unterrichte an einer Schule, die wenig Leerläufe produziert, die ich nur loben kann. Aber an vielen Schulen gibt es diese aufgesetzte Forderung zur Teambildung und zur Zusammenarbeit, nur damit diese Arbeitsform erfüllt ist. Dann die viele Formulare, auf denen Selbstkompetenz und derartige angekreuzt werden muss. Diese Bürokratie beschäftigt die Lehrer über alle Massen.

DW: Es gibt markante Unterschiede von Kanton zu Kanton. Da erzählen mir Lehrer gräuliche Dinge, so etwa eine erfahrene Unterstufenlehrerin: Die Schulleitung (als verlängerter Arm der Behörden) hält sie dazu an, täglich detaillierte Beobachtungsprotolle zu führen, um damit zu belegen, dass sie ihren Unterricht angemessen reflektiert. Sie muss jederzeit damit rechnen, kontrolliert zu werden. Sie erledigt diese Arbeit abends am Computer, und es liegt auf der Hand, dass dieser fragwürdige Mehraufwand auf Kosten der Unterrichtsvorbereitung geht.

JS: Du sprichst hier ein Problem an: die Schulleitungen! Sie können einem den Rücken freihalten und eine enorme Unterstützung sein – wie bei mir es der Fall ist. Oder sie machen einem das Leben schwer. Das hat mancherorts zu Kollektivkündigungen geführt. Man müsste mal im Lehrernetzwerk einen Aufruf machen; ich glaube, da könnten einige Gängeleien zusammentragen werden, die man dann der Öffentlichkeit zugänglich machen könnte.

DW: Häufig haben Schulleiter selber keine Unterrichtserfahrung und wissen nicht, wie es im Klassenzimmer zu- und hergeht. Ähnliches trifft auch für Lehrende an den PH zu. In plädiere in diesem Zusammenhang gerne für weniger Hoch-, dafür mehr «Tiefschulen».

JS: Da dozieren Lehrer, die es keine drei Jahre in der Schule ausgehalten haben und nun Studenten anleiten wollen, wie man zu unterrichten hat. Man darf wirklich von so mancherlei gescheiterten Lehrerexistenzen schreiben, die an den PH unterrichten.

**«Man darf wirklich von so mancherlei gescheiterten
Lehrerexistenzen schreiben, die an den PH
unterrichten.» Jérôme Schwyzer**

Sie sprechen damit die praxisferne Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen an. Sie haben am Seminar und dann an PH gelehrt. Welche Fehlentwicklungen beobachten Sie?



DW: Ich bin häufig mit Abgängern der PH in Kontakt. Eine überwiegende Mehrheit fühlt sich – einmal im Beruf angekommen – unsicher. Manche stehen völlig hilflos vor einer Klasse und müssen den Umgang mit Kindern erst noch lernen. Mit den zentralen Fragen von Erziehung und Bildung beschäftigen sich die PH zu wenig praxisnah. «Wie entwickelt sich ein Kind? Welche Bedürfnisse hat ein Kind in der Oberstufe, in der Unterstufe? Und wie antwortet die Schule darauf? Müssten solche Fragen nicht im Zentrum der Lehrerbildung stehen?

JS: Ja, der Unterricht an den PH ist verkopft, verakademisiert. Man wird fachlich unzureichend auf den Beruf vorbereitet. Darum werfen viele bereits nach vier Jahren Berufserfahrung den Bettel hin. Für mich ist das eine Ursache für den Lehrermangel. Denn, wenn man so arbeitet, wie es dem Idealbild einer PH entspricht, dann reicht die Zeit höchstens dafür, dass man 40 Prozent unterrichten kann. Deshalb unterrichten viele Lehrer auch nur noch Teilzeit.

Die PH würden fachlich an den Lehrerbedürfnissen vorbei ausbilden – können Sie konkreter werden?

JS: An den PH werden die Lehrer in Mathematik zu abgehoben auf Uni-Niveau getrimmt. Sie beschäftigen sich beispielsweise mit Stochastik. Stehen sie dann vor ihrer Klasse, lassen sie – etwas vereinfacht gesagt – die Schüler die Fläche eines Quadrates berechnen. Dieselben Phänomene sind im Geschichtsunterricht zu beobachten. Statt aufbauende, chronologische Geschichte lernt man etwas zu Tourismus oder über den Zucker. Themen, die man an der Zielstufe nie unterrichten würde.

Was hat sich mit der Abschaffung der Lehrerseminare und der Errichtung von Fachhochschulen verändert?

DW: Wenn ich das Sagen hätte in der Frage, wie man Lehrer zu Lehrern macht, würde ich die PH in ihrer aktuellen Form abschaffen. Was mir vorschwebt: eine Art Lehrer-Lehre. Die angehenden Lehrerinnen und Lehrer würden bei einem erfahrenen «Schulmeister» (Praxislehrer) in die Lehre gehen und mehrheitlich im Klassenzimmer mit den Kindern arbeiten. Natürlich gälte es im Anschluss daran, den Unterricht auf Grund der gemachten Erfahrungen zu reflektieren.

Und an den PH?

DW: Ich gebe ein Beispiel: Ich betrete als Lehrbeauftragter den Unterrichtsraum und – sehe junge Menschen hinter aufgeschlagenen Laptops. Ich muss als Erstes deutlich mache, dass ich so nicht unterrichten kann. Ich brauche den Augenkontakt. Ich brauche die Anwesenheit der Studierenden und zwar zu hundert Prozent.

JS: In meiner Ausbildung an der PH waren die Praktika gut. Aber aus dem PH-Unterricht konnte ich höchstens 20 Prozent von dem übernehmen, was man lernen musste. Der grosse Teil war Leerlauf. Es kamen einmal zwei Dozenten, die IKEA-Kataloge verteilten und uns mit der Aufgabe beschäftigten: Richtet mal ein Schulzimmer ein, das ist kein Witz! Wir wurden oft mit Statistiken konfrontiert, die uns in Bezug aufs Schulgeben nicht einen Zentimeter vorwärtsgebracht haben. Hinzu kam, dass wir unzählige wissenschaftliche Arbeiten abgeben müssten, die nichts mit dem praktischen Unterricht zu tun hatten. Am Ende tun die PH so, als wären sie wahnsinnig anspruchsvoll. Am Schluss erhalten doch alle das Diplom – das ist eigentlich ein «Bschiss». So manch einer redet von einer Flachhochschule.

Welche Reform hat den Niedergang des Bildungswesens am stärksten beschleunigt?

DW: Ich würde zuerst den Lehrplan 21 anführen.

JS: Er hatte sicher einen entscheidenden Einfluss. Er geht mit den Kompetenzen, die auf Hunderten von Seiten aufgeführt sind und erfüllt werden müssten, in die Breite statt in die Tiefe. Ein Lehrplan hätte bei mir auf zwei A4-Seiten Platz. Das führt in der Schulpraxis dazu: Der Lehrer beschäftigt die Klasse eine Woche lang mit den Brüchen. Dann wird geprüft. Dann geht es weiter, und zwar auch bei Schülern, die ungenügend waren und das Thema nicht begriffen haben. Das sehe ich zurzeit teilweise auch bei meinen Töchtern.

Ihnen, Herr Wirz, kam zuerst der Lehrplan 21 in den Sinn. Warum?



DW: Ich habe ein generelles Problem mit dem Lehrplan 21: Er zäumt das Pferd vom Schwanz auf. Wenn man das Kind «aufdröselte» in 363 Kompetenzen und 2304 Unterkompetenzen, kann das nicht gut gehen. Das Kind ist kein Sammelsurium von Kompetenzen. Das Kind ist in erster Linie ein vollkommener Mensch, der von der Schule genährt werden will. Man könnte meinen, die Wissensschule hätte längst abgedankt. Dem ist leider nicht so. Wo bleibt sie, die Menschenschule, die Menschenbildung?

«Wenn man das Kind aufdröselte in 363 Kompetenzen und 2304 Unterkompetenzen, kann das nicht gut gehen.» Daniel Wirz

JS: Darf ich mich gleich einschalten? Wir sind wieder bei den PH! Die vermitteln den Studenten den Lehrplan 21 als Evangelium. Und die angehenden Lehrer glauben, jeder Kompetenz nachjagen wollen.

Gibt es Reformen, die rückgängig gemacht werden müssten?

JS: Es ist hinlänglich bekannt, dass das Vermitteln von zwei Fremdsprachen in der Primarschule problematisch ist. Ein grosses Problem ist – wie bereits erwähnt - die integrative Schule. Man muss sie sofort rückgängig machen, wie es der Lehrerverband des Kantons Basel-Stadt übrigens gefordert hat. In der integrativen Schule können einzelne Schüler eine ganze Klasse lahmlegen. Alle sind froh, wenn der Störenfried krank ist. Man kriegt ihn fast nicht aus dem Klassenzimmer. Unser System schützt Störenfriede und nimmt zu wenig Rücksicht auf die leistungsfähigen Kinder.

Gibt es einen Hoffnungsschimmer am Bildungshorizont der Schweiz?

DW: Ich begegne immer wieder Kolleginnen und Kollegen, die trotz erschwelter Rahmenbedingungen, aus der Schule das Beste machen. Hoffnung besteht da, wo wieder Leben, hautnahes Leben in die Schulen einkehrt. Dazu müssen wir, in allererster Linie die Schulen aus den «Klauen des Staates» befreien: Bildung gehört in den Verantwortungsbereich der einzig dafür zuständigen Lehrpersonen und Eltern. Alles andere verleitet zur Gängelung. Lehrer wollen nicht zu Staatsdienern herabgesetzt werden. Ihnen ist Selbstbestimmung zu gönnen, erst dann blühen sie auf.

Als Journalist erlebe ich, dass vor allem Eltern sich nicht zu wehren getrauen, weil sie Angst haben, die Pädagogen würden sich an ihrem Nachwuchs rächen.

JS: Diese Pädagogen gibt es. Aber ich habe den Eindruck, dass die Lehrer generell harmoniebedürftig sind. Auch sie gehen Konflikten in der Regel gerne aus dem Weg. Sich zu wehren lohnt sich also. Natürlich immer mit dem nötigen Anstand und Respekt.

DW: Zwischen Eltern- und Lehrerschaft müsste ein Vertrauensverhältnis bestehen. Dafür muss man etwas tun. Elternabende sind das eine, Gespräche im kleinen Rahmen das Andere.

JS: In der Pandemiezeit habe ich festgestellt: Wenn nur fünf Prozent der Lehrer die Massnahmen nicht mitgetragen hätten, hätten die Behörden den einzelnen Lehrer nicht hinauswerfen können. Widerstand zu leisten, ist auch eine Herausforderung. Es braucht Mut. Aber Mut ist ja gerade auch etwas, was an der Schule vermittelt und gelehrt werden sollte.

Es reicht nicht, das Smartphone zu verteufeln

Der Bund, 16. Januar 2024, Mirjam Comtesse, Naomi Jones

In der zunehmenden Bildschirmzeit ist die vermeintliche Schuldige für die verbreitete Leseschwäche gefunden. Doch so einfach ist es nicht.



Der Aufschrei nach Bekanntgabe der jüngsten Pisa-Ergebnisse im Dezember war gross. Die Lesefähigkeiten der Jugendlichen in der Schweiz wurden als «besorgniserregend» bis hin zu «erschreckend» eingeschätzt.

Gemäss der Studie erreichen 25 Prozent der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler das geforderte Mindestniveau im Lesen nicht. Das heisst, ein Viertel kann nicht «Informationen in einem einfachen Text finden und mithilfe des eigenen Wissens Schlüsse ziehen». Was sind die Gründe dafür? Wir haben fünf der am häufigsten genannten Thesen auf ihren Wahrscheinlichkeitsgehalt geprüft.

These 1: Mehr Kinder haben einen Migrationshintergrund

Die Migration hat zwar in den vergangenen Jahren zugenommen, doch es ist nicht klar, ob es einen Zusammenhang mit der Leseleistung gibt.

Aber der Reihe nach: Seit dem Pisa-Test 2015 ist der Anteil der 15-Jährigen gestiegen, die «höchstens einen ganz einfachen Text verstehen und interpretieren» können. 2015 gehörten erst 20 Prozent der Jugendlichen zu dieser Kategorie, 2018 waren es 24 Prozent und jüngst eben bereits 25 Prozent.

Vergleicht man nun den Anteil der ständigen Wohnbevölkerung in der Schweiz mit Migrationshintergrund, dann kommt man auf eine ähnliche Entwicklung. Das Bundesamt für Statistik hält fest, dass der Anteil kontinuierlich zugelegt hat: von rund 36 Prozent im Jahr 2015 auf aktuell 40 Prozent.

Es würde jedoch zu kurz greifen, daraus den Schluss zu ziehen, dass die Migration der alleinige Grund für das schlechtere Abschneiden im Pisa-Test ist. «Von Messung zu Messung verändert sich die Schülerpopulation stark», sagt der Berner Bildungsökonom Stefan Wolter.

Das heisst, man müsste auch untersuchen, welchen sprachlichen Hintergrund die Migrantenkinder haben – vielleicht sind es in bestimmten Jahren besonders zahlreiche aus Deutschland – und ob ihre Eltern eher gebildet oder weniger gebildet sind. All das beeinflusst die Testresultate. Solange diese Angaben fehlen, ist keine verbindliche Aussage möglich.

These 2: Kinder verbringen zu viel Zeit am Bildschirm

Rund 3 Stunden und 14 Minuten verbringen die Jungen durchschnittlich pro Tag im Internet. Am Wochenende sind es gar fünf Stunden, wie aus der James-Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) von 2022 hervorgeht.

Wie die Zahl der Jugendlichen, die Mühe mit Lesen haben, hat auch die Zeit, die Jugendliche wöchentlich am Bildschirm verbringen, in den letzten zehn Jahren zugenommen: um mehr als 13 Stunden. «Das ist Zeit, die fehlt, um ein Buch zu lesen», sagt Saskia Sterel von der Pädagogischen Hochschule Zürich.

Sie möchte die neuen Medien nicht verteufeln. Jugendliche würden auch am Bildschirm lesen: etwa Nachrichten, Chats oder Informationen zu einem Thema, das sie interessiert.

Trotzdem hat das digitale Lesen einen negativen Einfluss auf die Lesefähigkeit. Laut der amerikanischen Leseforscherin Maryanne Wolf fördert es das Überfliegen von Texten. Dabei verlernen auch geübte Erwachsene das vertiefende Lesen, bei dem sie in eine fremde Gedankenwelt eintauchen.

Gerade für das Leseverständnis sei Übung besonders wichtig, sagt die Pädagogin Saskia Sterel. So entwickle sich in einem Roman die Geschichte über eine längere Zeit. «Geübte Lesende halten diese Unsicherheit aus, ungeübte geben auf.»

These 3: Eltern lesen nicht mehr so oft vor

Für das Lesenlernen sind Vorbilder wichtig. Doch Eltern lesen immer seltener vor. Gemäss dem Vorlesemonitor der deutschen Stiftung Lesen ist die Zahl der Eltern, die ihren Kindern mehrmals pro Woche vorlesen, zwischen 2014 und 2022 um neun Prozent gesunken. In der Schweiz dürfte die Situation ähnlich sein.



Jugendliche, die am Pisa-Test teilnehmen, sind bereits 15 Jahre alt und somit älter als die in der deutschen Studie untersuchten Kinder. Doch die Zahlen des Vorlesemonitors zeigen einen gesellschaftlichen Trend. Gemäss dem Vorlesemonitor haben 2022 aber immer noch 60 Prozent der Eltern von Kindern zwischen zwei und acht Jahren regelmässig vorgelesen.

Laut Barbara Jakob vom Schweizer Institut für Kinder- und Jugendmedien (Sikjm) ist allerdings nicht nur die abnehmende Zahl vorlesender Eltern ein Problem.

Viele Eltern würden mit dem Vorlesen aufhören, wenn das Kind in der Schule selber lesen lernen, sagt sie. «Das ist fatal.» Lesenlernen sei für das Kind sehr anstrengend. Gerade Kinder, die Geschichten liebten, weil ihnen oft vorgelesen worden sei, seien frustriert, wenn sie beim Selberlesen nicht mehr rasch genug vorwärtskämen.

These 4: Schulen animieren zu wenig zum Lesen

Einen direkten Beweis gibt es nicht, aber es liegt nahe, dass der Fachkräftemangel bei Lehrerinnen und Lehrern die Leseleistung von schwächeren Schülerinnen und Schülern negativ beeinflusst.

Zwar haben zahlreiche Schulen im Kanton Bern spezielle Angebote eingeführt, um das Lesen zu fördern – Klassen gehen zum Beispiel regelmässig in die Bibliothek, im Schulzimmer liest jedes Kind zu bestimmten Zeiten still für sich, und manche Schulen veranstalten auch Vorlesewettbewerbe.

Doch die Lehrpersonen kämpfen an zahlreichen Fronten. «Die Rahmenbedingungen sind schwieriger geworden», sagt Verena Pisall, Dozentin am Institut Primarstufe der PH Bern. Sie meint damit grosse Klassen, mehr Integration, Fachkräftemangel, viel Administration. Angesichts all dieser Herausforderungen drohen vor allem schwächere Schülerinnen unterzugehen.

An vielen Schulen fehlt ein verbindliches Konzept – im besten Fall mit einem fächerübergreifenden Programm zur Leseförderung vom Kindergarten bis zur 9. Klasse. Das würde helfen, damit weniger Kinder durch die Maschen fallen.

Pisall erklärt: «Sonst kann es passieren, dass die Lehrperson zwar feststellt, dass ein Kind nicht so gut liest, sie aber denkt: Es gibt gerade grössere Baustellen. In den höheren Klassen kann man dann ja weiterschauen.»

These 5: Heute werden höhere Lesefähigkeiten verlangt

Die Ansprüche sind tatsächlich gestiegen, doch der Pisa-Test dürfte diese Entwicklung höchstens zu einem Teil spiegeln. Denn letzten Endes misst er einfach, wie gut Jugendliche am Ende der obligatorischen Schulzeit lesen können.

Es ist kaum möglich, den Schwierigkeitsgrad der Pisa-Testfragen miteinander zu vergleichen. Bei der Entwicklung über die Jahre sieht man aber den Versuch, die komplexer werdende Internetwelt abzubilden.

So müssen die Jugendlichen in der Ausgabe 2018 verschiedene Antworten in einem Onlineforum lesen und daraus die richtigen Informationen heraussuchen. Dies setzt nicht nur flüssiges Lesen voraus, sondern auch schnelles Unterscheiden zwischen Wichtigem und Unwichtigem.

Diese Fähigkeiten sind mit der Digitalisierung wichtiger geworden. «Das macht es allen, die Mühe mit Lesen und Schreiben haben, noch schwerer», sagt Tonja Bollinger. Sie ist Sprecherin des Schweizer Dachverbands Lesen und Schreiben.

Fazit: Es ist kompliziert

Es gibt offensichtlich nicht eine einzige Ursache für die verbreitete Leseschwäche. Das Smartphone als harte Konkurrenz um Aufmerksamkeit ist sicher ein Faktor. Es absorbiert nicht nur Zeit, die dann zum Lesen fehlt, es verändert auch, wie wir Informationen aufnehmen: in kurzen Häppchen, mit vielen Unterbrüchen. Das ist dem langen Atem abträglich, den es braucht, um komplexe Texte zu lesen.



Doch die Digitalisierung ist nicht der einzige Grund. Daneben wirkt sich auch der Mangel an Lehrpersonen – allen voran Heilpädagoginnen – aus, die den Schwächeren helfen könnten. Gemäss dem Berufsverband Bildung Bern zeichnet sich der Fachkräftemangel seit den Nullerjahren ab. Seine Auswirkungen auf die Leseleistung könnten sich also durchaus in den neueren Pisa-Tests zeigen.

Ein genauer Blick auf die Resultate bestätigt den Verdacht, dass unter der mangelnden Unterstützung vor allem diejenigen leiden, die sich ohnehin schon schwertun. Die durchschnittliche Leseleistung der Schweizer Jugendlichen hat nicht abgenommen – nur der Anteil derer ist gestiegen, die selbst mit einfachen Texten Mühe haben. Das gleiche Phänomen zeigt sich bei den Mathematikkenntnissen. Dieses zunehmende Ungleichgewicht sollte uns Sorgen bereiten.

Mirjam Comtesse hat Zeitgeschichte, Politikwissenschaft sowie Deutsche Literatur studiert und arbeitet als Redaktorin im Ressort Bern. Ihre Schwerpunkte sind Bildungspolitik und Religion.

Naomi Jones ist Redaktorin im Ressort Bern. Sie schreibt vorwiegend über Bildung. Aber immer gerne auch über Umwelt, Politik, Themen aus der Agglomeration oder über Tagesaktuelles.

Wir müssen das Lesen schweizweit fördern

Tages-Anzeiger, 19. Januar 2024, Meinungen, Gastbeitrag Priska Bucher

Zur Verbesserung der Lesekompetenz braucht es eine nationale Strategie.

Nach der Veröffentlichung der neusten Pisa-Studie im Dezember wurde einmal mehr die mangelnde Lesekompetenz der Jugendlichen am Ende der obligatorischen Schulzeit beklagt. Im neuen Jahr wird kaum noch darüber gesprochen, der Alltag hat uns alle wieder eingeholt.

Die Pisa-Ergebnisse rufen in Erinnerung, was wir aus der Forschung schon lange wissen: Leseförderung beginnt bereits im Kleinkindalter, und ein Ausbau der Frühförderung ist nötig. Denn von klein auf vermitteln Geschichten, Reime und Verse sprachliche und literarische Grundlagen.

Kinder, die in einem buchaffinen Umfeld aufwachsen, haben viel grössere Chancen, später zu kompetenten Leserinnen und Lesern zu werden. Und nur wer gut liest, kann sich aktiv am beruflichen, politischen, kulturellen und sozialen Leben beteiligen.

Ob Eltern in ihrer Erst- oder der Zweitsprache mit ihren Kindern interagieren und ihnen vorlesen, spielt keine Rolle. Wichtig ist, dass gemeinsam Zeit mit Sprachspielen und Geschichten verbracht wird.

Die Resultate der Pisa-Studien zeigen, dass der Unterschied zwischen guten und schwachen Lesenden immer grösser wird. Wer in Schule und Freizeit gerne liest, liest häufiger und gewinnt so an Lesefertigkeit. Wer viel liest, macht zudem positive Leseerfahrungen, kann in andere Welten eintauchen und entdeckt für sich packende Lektüre, was wiederum dazu motiviert, weiterzulesen. Literarisches Lesen schult Empathie und Selbstreflexion sowie die Fähigkeit, sich zu konzentrieren und sich vertieft auf längere Texte einzulassen. Diese Fähigkeit kommt mit den digitalen Medien immer mehr abhanden. Schliesslich wird durch vieles Lesen auch das Verständnis für den Unterschied zwischen Fiktion und Fakten geschult, was im Zeitalter von Social Media und KI essenziell ist. Gut lesen zu können, ist also auch im digitalen Zeitalter äusserst wichtig.

All diese Aspekte zeigen auf, dass Leseförderung nicht nur im schulischen Kontext stattfindet. Ein breites ausserschulisches Netzwerk ist genauso wichtig, denn für erfolgreiche Lesekarrieren braucht es solide Lesefertigkeiten und Vorbilder. Leseförderaktionen wie der Schweizer Vorlesetag oder die Erzählnacht motivieren Eltern und andere Bezugspersonen, Kindern vorzulesen, und ermöglichen Kindern einmalige Leseerlebnisse, die sie zum Selberlesen anregen können.



Diese Initiativen sind aber nur ein Anstoss. Es braucht eine schweizweite Leseförderungsstrategie und Sensibilisierung für die Wichtigkeit des Lesens. Kinder sollen im Alltag zu Hause, in Spielgruppen und Kitas, in der Pfadi, in Bibliotheken und Tagesschulen ein anregendes Leseumfeld erleben. Sie sollen Zugang zu einem breiten Lektüreangebot haben und in ihrer freien Lesezeit das lesen dürfen, was ihnen Spass macht.

Wir Erwachsenen sollten uns für ihre Lektüren und Leseerfahrungen interessieren und am besten auch gleich mitlesen. Täglich eine Viertelstunde lesen, gerne auch mehr - auch für uns Erwachsene eine einfache und effiziente Massnahme, die Spass macht und unsere Kinder motiviert.

Priska Bucher ist Direktorin des Schweizerischen Instituts für Kinder- und Jugendmedien.

Tausend Möglichkeiten

Weltwoche, 18. Januar 2024, Leserbrief

Nr. 1 - «Schule ohne soziale Medien» Essay von Margarita Louis-Dreyfus

Meiner Meinung nach sollte dieser Artikel Pflichtlektüre für alle Eltern, Lehrer und auch Schulleitungen werden. Ich selbst bin viel mit dem ÖV unterwegs und kann mich nur noch über diese kommunikationslose Jugend wundern: Praktisch 99 Prozent der Leute unter zwanzig (und auch darüber) sitzen mit Kopfhörern da und täppeln entweder ununterbrochen oder streamen irgendwelche Filme. Wenn wir früher mit den Eltern unterwegs waren, haben wir Autokennzeichen und Städtenamen gelernt. Oder wir zählten Herkunftsländer, alle roten Autos oder die Marken – es gab tausend Möglichkeiten. Zudem haben wir mit den Eltern kommuniziert. Heute sitzen die Jungen hinter eingebauten Video-Screens oder spielen mit ihren iPhones. Auch in Restaurants war man früher eingebunden und bekam bestenfalls einen Block und Stifte zum Malen. Ansonsten lernte man, nicht zu sehr zu stören, Essen zu teilen und bekam dafür Umarmungen von der ganzen Tischgesellschaft. Wir haben kürzlich am Nebentisch gesehen, wie ein paar Kinder hinter ihren Handys leblos am Tisch sassen und von ihrer Umwelt nichts mitbekamen. Und im Park sieht man Väter und Mütter, die mit Ohrhörern hinter ihren Kinderwagen hergehen, joggen oder rollerbladen. Auch eine Super-Kommunikation!

Bianca-Maria Exl-Preysch, Bichelsee

«Fehler zugeben!»

NZZ am Sonntag, 14. Januar 2024, Leserbrief

«Finnlands Pisa-Absturz ist ein Weckruf für die Schweiz»

Dass nun Finnland den gleichen Blödsinn macht wie die Schweiz und sein bisher vorzügliches Schulsystem umstellt, ist bedauerlich. Der Gastautor zeigt es eindrücklich auf: Höchstleistungen werden an der Volksschule nicht mit «selbstorganisiertem Lernen» und der Lehrperson als «Coach an der Bande» erbracht, sondern mit gutem, lehrerzentriertem Klassenunterricht. Wenn doch nur unsere Verantwortlichen zugeben könnten, dass ihre Reformen der letzten Jahre gescheitert sind!

Vera Diaz, Zürich



Das widerspricht den Versprechungen

Tages-Anzeiger, 16. Januar 2024, Leserbrief

«Tages-Anzeiger» vom 8. 1. «Schulassistentz - ein Job, der boomt»

Dieser Assistentenboom ist eine klare Folge der missglückten Integration. Als man damals das Gesetz umsetzen musste, wurde klar, dass viel zu wenig Heilpädagoginnen vorhanden waren, aber man konnte dem Lehrpersonal nicht zumuten, ohne Hilfe sämtliche Kinder mit Lernschwächen und -störungen in die Normalklassen aufzunehmen. Da wurde die Idee der Assistentz geboren, und irgendwelche Hilfspersonen nahmen Einzug in die Klassenzimmer. Das widerspricht eindeutig den Versprechungen, die man vor der Abstimmung den Eltern der zu integrierenden Kinder gemacht hatte. Es hiess, diese würden dann in den Normalklassen von ausgebildeten Heilpädagoginnen bestens betreut, was nun an manchen Orten eben gerade nicht der Fall ist. Es gibt auch heute noch wie eh und je in den meisten Klassen viele problemlose Kinder, mit denen eine Lehrperson allein keinerlei Mühe hat, im Gegenteil: sie machen die Freude am Lehramt aus. Oft sind deshalb die Assistentinnen nur für einzelne Spezialfälle da, die sich trotz aller Bemühungen nicht integrieren lassen. Es kommt dann nicht selten zur absurden Situation, dass eine Assistentin ganze Lektionen lang nur das schwierige Kind regelrecht «hütet», um dem Rest der Klasse wenigstens ein ungestörtes Lernen zu ermöglichen. Der «wilde Bub von Glattfelden» darf dann in der Ecke mit Bauklötzen spielen. Und dieses System mit dem Run auf die lukrativen Assistentzposten soll besser sein als die Kleinklassen mit ausgebildeten Heilpädagoginnen?

Hans-Peter Köhli, Zürich

Anfällig für ideologisch gefärbten Unterricht

Nebelspalter, 16. Januar 2024, Daniel Wahl

Neues gymnasiales Fach «Nachhaltige Entwicklung»



Die politische Agenda der guten Menschen. (Screenshot unesco.org)



Die Fakten: Im Entwurf des Rahmenlehrplans der Gymnasien wird neu das Fach «Bildung für Nachhaltige Entwicklung» (BNE) verankert. Dieses neue Fach macht die Schule anfällig für ideologisch gefärbten Unterricht, wie der Germanist und Historiker Professor Mario Andreotti kritisiert.

O-Ton: Mario Andreotti: «Die Tendenz zur Indoktrination ist sichtbar. Die Gymnasien sollen ein bestimmtes Verhaltensmuster, eine bestimmte Verhaltensveränderung in Richtung Gutmenschen erwirken.»

Warum das wichtig ist: Lehrkräfte dürfen gemäss Beutelsbacher Konsens (siehe unten) den Schülern nicht ihre Meinung aufzwingen, sondern sollen Schüler in die Lage versetzen, sich mithilfe des Unterrichts eine eigene Meinung bilden zu können. Dies ist der Zielsetzung der politischen Bildung geschuldet, die Schüler zu mündigen Bürgern heranzubilden.

Doch die Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) ist ein weltweites Programm mit einer politischen Agenda (Sustainable Development). Sie ist in der Bildungs-Agenda der Unesco (Education) verankert, mit verschiedensten Zielen wie Geschlechtergleichheit, Armut- und Hungerbekämpfung, Klimamassnahmen oder verantwortungsvoller Konsum.

- Dabei handelt es sich um einen Unterricht, der von rechter Seite als Linksdrahl an den Schulen bezeichnet wird.
- Nachhaltige Entwicklung ist Staatsziel der Schweiz und in der Bundesverfassung (Art. 2 und 73) verankert.
- Als oberstes und wichtigstes Ziel des neuen Fachs BNE steht die «Transformation in eine nachhaltige Gesellschaft», die nicht nur das Klima und die Biodiversität schützt, sondern auch Rassismus, soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeiten bekämpft.

Gemäss Andreotti beginnt mit dem Begriff «Transformation» bereits das Problem.

O-Ton: «BNE beinhaltet einen gesteuerten Wandlungsprozess, was mit der Steuerung von Schülern zu tun hat. Es ist eine Absicht dahinter, eine politische Agenda.»

The Big Picture: Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat zusammen mit dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) die Reform «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität» angestossen. Im Kern geht es darum, den Maturitätsabschluss schweizweit vergleichbar zu machen und das Niveau und die Qualität der gymnasialen Ausbildung in Bezug zum Hochschulzugang zu sichern. Letztlich will man verhindern, dass die Universitäten und Hochschulen auf die Idee kommen, eigene Eintrittsbarrieren zu errichten und Aufnahmeprüfungen zu machen.

Darauf ist zu achten: Die BNE ist ein Teil des neuen Rahmenlehrplans und als transversales Fach definiert. Das heisst:

- Die Grundlagen für die BNE sollen im Fachbereich Geographie vermittelt werden.
- Zudem soll die BNE in jedes Fach einfließen, teilweise «en passant».
- Auch weitere Unterrichtsgefässe, wie zum Beispiel Studienwochen, sollen die Gymnasialen für das Themensammelsurium «Nachhaltige Entwicklung» sensibilisieren.

Andreotti hält dies für «eine ganz gefährliche Entwicklung», die an zwei von drei Prinzipien für den politischen Unterricht rüttelt, welche an einer Bildungstagung 1976 in Deutschland verabschiedet wurden. Die Prinzipien unter dem Namen «Beutelsbacher Konsens 1976» gelten als Standard für den Unterricht an Schulen.

1. Indoktrinationsverbot: Der Lehrer soll den Schülern nicht seine Meinung aufzwingen.
2. Gebot der Kontroversität: Der Lehrer soll das Thema aus gegensätzlichen Perspektiven beleuchten.



3. Gebot der Schülerorientierung: Der Schüler soll im Unterricht in die Lage versetzt werden, seine eigene Position zu reflektieren und sich am politischen Prozess zu beteiligen.

Doch im Entwurf zum Rahmenlehrplan der Entwicklung der gymnasialen Maturität schimmern die Werte und Haltungen durch, welche die Gymnasiasten übernehmen müssen.

- Es beginnt damit, dass Geographie unter Geistes- und Sozialwissenschaften subsumiert – im Vordergrund steht die soziale, nicht die naturwissenschaftliche Komponente.
- Beispielsweise müssen Schüler Probleme und Anwendungen der Gegenwart unter dem Aspekt der Energie recherchieren, beschreiben und beurteilen. Als Beispiel werden Treibhauseffekt, Sonnenenergie, Graue Energie, genannt, nicht aber Atomenergie.
- Die Beschreibung der BNE ist mit Worthülsen durchsetzt wie «gerechte Gesellschaft», «gesteuerte Wandlungsprozesse», «Menschen aller Geschlechteridentitäten», «ganzheitlich», «transformativ» usw.

Es komme zwar immer auf den einzelnen Lehrer an, wie er solche Worthülsen mit konkreten Inhalten fülle, sagt Andreotti und erinnert daran, dass der Erste Sekretär der sozialistischen DDR, Erich Honecker, auch von einer «gerechten Gesellschaft» gesprochen habe. Im Rahmenlehrplan erkennt Andreotti aber bereits, welche Haltungen und Prämissen gesetzt sind und wie die Gymnasiasten zu denken haben:

- Der Mensch macht die Natur kaputt.
- Rauchen und Autofahren sind schlecht.
- Chancengerechtigkeit gilt als absolutes Ziel.
- Der moderne Mensch muss globale Perspektiven einnehmen.

O-Ton Andreotti: «Es sind zum Teil Werte, die der Französischen Revolution – konkret der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte – entliehen sind. Wenn ich das politisch übersetzen darf: Das ist Linksdrall am Gymnasium.»

Wie es weitergeht: Vorgaben über die Dauer des Unterrichts in BNE werden auf der gesamtschweizerischen Ebene keine gemacht. Der Kanton St. Gallen plant beispielsweise die BNE als eigenes Fach im Maturitätsjahr zu behandeln und setzt dafür eine Stunde ein.

- Die konkrete Umsetzung liegt in der Zuständigkeit der Kantone.
- Die revidierten Texte – Verordnung und Reglement, Vereinbarung und neuer Rahmenlehrplan – sollen am 1. August 2024 in Kraft treten.

Wer mehr dazu wissen will:

- Die Ziele der [Unesco zur Nachhaltigen Entwicklung](#).
- [Eine Kultur schafft sich ab: Beiträge zur Bildung und Sprache](#) (Autor Mario Andreotti)
- Weiterentwicklung gymnasiale Maturität: [der Rahmenlehrplan](#)

Das moralische Klassenzimmer

NZZ am Sonntag, 14. Januar 2024, Report & Debatte, Alain Zucker und Nicole Althaus

Konsumverzicht, Geschlechtervielfalt, Toleranz: Heute wird eine Generation von Kindern zu politisch korrektem Verhalten erzogen. Politik und Eltern kritisieren einen Linksdrall des Unterrichts. Was ist in der Schule los? Von Alain Zucker und Nicole Althaus

Die Politik erreichte das Klassenzimmer lange bevor die Hamas Israel angriff. Bereits während der Pandemie haben antisemitische Parolen und Fake News in der Schule zugenommen. Peter Gautschi,



international renommierter Professor für Geschichtsdidaktik an der Pädagogischen Hochschule Luzern, erinnert sich genau. «Immer wieder wurde ich von Lehrpersonen gefragt, was sie tun sollen, wenn ein Schüler Hitler zu seinem Idol erklärt oder auf dem Pausenplatz jüdenfeindliche Sprüche fallen.» Deswegen, sagt Gautschi, habe er mit Kollegen eine Orientierungshilfe zur Prävention von Antisemitismus in Schulen verfasst.

Orientierungshilfe oder vielmehr deutliche Leitplanken bekam der Lehrkörper auch von einzelnen Kantonsregierungen, allerdings ungefragt: Im August 2023 verbot der Bildungsdirektor der Waadt den Schulen, vor den Wahlen politische Debatten durchzuführen. Und als im Oktober dann der Krieg in Nahost ausbrach, forderte der Chef des kantonalen Schulamts in Zug eine klare Positionierung der Lehrerschaft gegen den Hamas-Terror. Gerade so, als ob den Lehrkräften heute nicht mehr zu trauen wäre.

Was ist nur los mit der Schule? Sie hat den klaren Auftrag, politisch neutral zu sein. Dennoch musste der Zürcher Stadtrat diese Woche nachträglich klarstellen, dass eine städtische Schule verboteenerweise für den Frauenstreik geworben hatte. Und im Aargau hat eine Maturarbeit, die der Schule Linksdrall vorwarf, zu einer offiziellen Untersuchung geführt, über deren Resultate sich die Politik vergangenes Jahr schweizweit gestritten hat.

Nun war Schule auch früher nie streng neutral. Generationen von Schweizer Kindern haben in ihrem Auftrag Schoggitaler für Pro Natura und den Heimatschutz verkauft. Und bestimmt erinnert sich fast jeder an Lehrer oder Lehrerinnen, die nicht mit ihrer Meinung hinter dem Berg gehalten haben.

Wer vegetarisch isst, wählt grün

Heute ist ihre Haltung zum Politikum geworden. Auch weil ein Grossteil der Lehrerschaft eher links der Mitte steht. Befragungen, die das Forschungsinstitut Sotomo während der Pandemie durchgeführt hat, zeigen: «Personen aus der Sparte Bildung/Erziehung ordnen sich eher auf der linken Seite des politischen Spektrums ein, während etwa Personen aus der Sparte Sicherheit/Polizei politisch eher rechts stehen», sagt die Projektpartnerin und Politikwissenschaftlerin Sarah Bütikofer. «Als Gesellschaft dürfen wir aber vom Lehrer ebenso wie von der Polizistin erwarten, dass sie ihre eigene politische Haltung abstrahieren beim Ausüben ihres Berufs.»

Genau daran zweifeln immer mehr bürgerliche Politiker. Yasmine Bourgeois, Stadtzürcher FDP-Gemeinderätin und Schulleiterin, ärgert sich seit Jahren über die «linke Schlagseite» der Schule. Die politische Haltung, so sagt auch ein anderer im Schulsystem tätiger Bürgerlicher, sei so uniform, dass viele Lehrer und Lehrerinnen gar nicht mehr merkten, wie links sie seien – etwa bei ihrer Toleranz für klimastreikende Schüler. Bourgeois hat ebenso wie ihr Ex-Partner Marc Bourgeois, der sich im Kantonsrat mit Bildungsthemen befasst, viele Anekdoten parat, wie Lehrer und Lehrmittel beabsichtigt oder unbeabsichtigt Kinder beeinflussten.

Er sagt: «Immer wieder werden mir von Eltern Geschichten zugetragen, es sind sicher schon hundert, seit ich Politiker bin. Etwa wenn Lehrpersonen die SVP explizit als «rechtsextreme» Partei bezeichnen.»

Sie sagt: «Meine Tochter erzählte, dass eine Fachperson in den Unterricht gekommen sei und gesagt habe, man müsse nur den Einkaufszettel der Leute anschauen und wisse, wo sie politisch stünden: Wer Vegi sei – was ja bei den Mädchen sehr beliebt ist –, wähle grün. Das geht doch nicht!»

Er sagt: «Der Sohn kam nach einem Tag mit dem WWF, bei dem es um Biber ging, heim und erzählte: Wir dürfen nicht mehr Auto fahren, es macht den Planeten heiss. Ich frage mich: Was hat das Auto mit den Bibern zu tun?»

Sie sagt: «Im Gymi mussten sie eine Prüfung über die Anwendung des Gendersterns schreiben. Dabei empfiehlt ihn der Rat der deutschen Rechtschreibung gar nicht!»



Problematisch finden die beiden weniger den einen oder andern Ausrutscher der Lehrpersonen, als dass niemand dem Lehrkörper wirklich auf die Finger schaut. Im Schulsystem fehle das Bewusstsein für die Balance. Und die Eltern machen die Faust im Sack, wenn sie sich aufregen. Aus Angst, eine Kritik an der Lehrerin könnte dem Kind Nachteile bringen.

Unverhohlen wird der Ärger von Yasmine Bourgeois, wenn sie über den Einsatz bestimmter Lehrmittel spricht. Und in einigen ihrer Münsterchen muss man tatsächlich nicht lange blättern, um den Stein des Anstosses zu finden. In den Arbeitsmaterialien von «Clevermobil» etwa, die auf der Mittelstufe eingesetzt werden, geben die Verfasser schon in der Einleitung offen zu, dass es ihnen um Beeinflussung geht: Anders als Erwachsene seien Kinder «in ihren Einstellungen und in ihrem Mobilitätsverhalten noch viel weniger gefestigt und häufig gern bereit, sich für die Umwelt einzusetzen». Geradezu als tendenziös muss man die Reduktion der Autofahrer auf zwei Typen bezeichnen. Man findet sie im Umsetzungsheft Mobilität der Lehrmittelsammlung «Querblicke», die von den Pädagogischen Hochschulen Bern und Nordwestschweiz entwickelt wurde: Da taucht neben dem «Natur-Typ» (Velofahrer) und dem «Gesundheits-Typ» (Fussgänger, Velofahrer) der «Liebhaber-Typ» auf, der nicht mit einem Elektroauto herumfahren will, weil er «den grimmigen und satten Sound» eines starken Motors liebt. Die Alternative für die Schubladisierung von Autofahrern ist der «Anerkennungs-Typ», der seinen Wagen als Statusobjekt sieht und damit zeigt, «dass er es im Leben zu etwas gebracht habe».

«Immer geht es beim Klima um Verzicht», kritisiert Marc Bourgeois, «nie um wirtschaftsfreundliche Effizienzverbesserung oder technische Lösungen.» Er weiss, dass seine Kritik vorab Lehrmittel betrifft, die nicht obligatorisch sind und von Lehrpersonen frei gewählt werden dürfen. Im Kanton Zürich werden diese im Gegensatz zum vorgeschriebenen Material nicht rigoros auf ihre politische Unabhängigkeit abgeklopft. Letztlich ist es an der Lehrperson, für Ausgeglichenheit im Unterricht zu sorgen.

Als Einfallstor für Lehrmaterialien mit politischer Schlagseite gilt für die bürgerlichen Kritiker die Plattform der Stiftung «Education 21», die im Auftrag des Bundes die Schulen bei der Bildung für nachhaltige Entwicklung unterstützen soll. Sie stellt Lehrpersonen Unterrichtsmaterialien von Dritten zur Verfügung. Es geht unter anderem um Verkehr, Klima, Migration, kritischen Konsum. Auffallend häufig figurieren links-grüne Aktivist*innenorganisationen als Absender: Amnesty, Public Eye, Terre des Hommes. Abgesehen von Landwirtschaftsorganisationen sucht man vergeblich nach Publikationen ihrer politischen Gegner, etwa der Wirtschaftsverbände. Dennoch liess «Education 21» letztes Jahr gegenüber der NZZ keine Zweifel an der politischen Unabhängigkeit der Materialien erkennen. Ausserschulische Akteure müssen eine Selbstverpflichtung unterzeichnen, in der sie sich zur Ablehnung von Indoktrinierung bekennen. «All diese Organisationen haben doch eine Agenda, sie machen das ja nicht, weil sie es lustig finden», entgegnet Marc Bourgeois.

Fühlst du dich wohl als Mädchen?

Eine Agenda ist nicht nur bei Schulmaterialien von Non-Profit-Organisationen zu spüren: Die Aufklärungsbroschüre «Hey You», die der Dachverband Sexuelle Gesundheit Schweiz herausgegeben und vom Bund mitfinanziert wurde, bemüht sich so stark um Diversität, dass die Biologie in der Geschlechterfrage marginalisiert wird: «Nach der Geburt werden wir einem Geschlecht zugeteilt. Das passiert meistens nur durch einen Blick zwischen die Beine», heisst es im ersten Kapitel. Darin werden Teenager motiviert, sich zu überlegen, ob sie sich mit der Zuteilung zur Gruppe Mädchen oder Junge wohlfühlen. Gerade so, als sei die Geschlechtszuteilung ein willkürlicher Akt.

Auf Primarstufe beschränken sich die politischen Bezüge vor allem auf die Klimafrage. «Problematischer ist es in der Oberstufe, an Gymnasien, wo der Unterricht oft eine rot-grüne Schlagseite hat», sagt der FDP-Schulvorsteher der Stadt Zürich, Filippo Leutenegger. Ein happiger Vorwurf, dem die Kollegen in der Kantonsregierung aber nicht nachgehen wollten. Ein dringliches Postulat der SVP, eine Studie zur politischen Neutralität der Mittelschulen durchführen zu lassen, lehnte der Regierungsrat ab.



Anders reagierte der Kanton Aargau. Drei Schüler, alles Mitglieder der Jungfreisinnigen, hatten für ihre Maturarbeit 2022 eine Befragung zur politischen Haltung der Lehrer und des Unterrichts durchgeführt. Sie waren in ihrer (als kleine Provokation mit Genderstern geschriebenen) Untersuchung zu dem Schluss gekommen, dass zwei Drittel der Schüler die Lehrer als «eher links» verorteten und ein Drittel fand, dass sich dies auch im Unterricht niederschläge. Auf Druck des Parlaments liess die Bildungsdirektion beim Forschungsinstitut Sotomo eine repräsentative Studie erstellen, die untersuchte, wie Lehrer und Schülerinnen das Unterrichtsklima bei Fragen mit politischem Bezug wahrnahmen.

Auch wenn die Aargauer Regierung nach Abschluss der Untersuchung zügig mitteilte, ihre Schulen hätten keine Defizite bei der politischen Neutralität, sind die Ergebnisse bei genauer Lektüre weniger klar: Immerhin fühlten sich 16 Prozent der befragten Mittelschüler vornehmlich aufgrund «ihrer politischen Einstellung oder Nationalität» benachteiligt – und mit ihrer politischen Einstellung ist nicht das linke Spektrum gemeint; gleichzeitig scheint keine grosse Angst da zu sein, dass Lehrer negativ auf unliebsame Äusserungen reagierten. Fühlt sich die Minderheit nun wegen der Lehrer oder eher wegen des sozialen Drucks der anderen Schüler schlecht behandelt?

Mick Biesuz, damals einer der Verfasser der Maturarbeit und heute 21-jähriger Zeitoffizier bei der Artillerie, sagt: «Es ist zu einfach, alles auf die Peer-Pressure abzuschieben. Erstens ist es Aufgabe der Lehrer, ein Klima zu schaffen, in dem sich nicht fast ein Fünftel benachteiligt fühlt. Zweitens äussert sich die politische Schlagseite auch bei kleinen, wahrscheinlich unbewussten Bemerkungen: ein Bashing von Donald Trump hier, eine Kritik am Besitz von Waffen in der Schweiz da und immer wieder das Schlechtmachen des Autofahrens.»

Und was sagen die Lehrer und Lehrerinnen dazu? Sotomo hat sie im Aargau zu ihrer Definition der politischen Neutralität befragt. Ihre Antwort war ziemlich einhellig: Meinungspluralismus sei ein wichtiger Wert im Unterricht, und ihre persönliche Haltung habe nicht einzufließen. Fragt man zudem beim Lehrer- und Lehrerinnenverband nach, sagt die Präsidentin Dagmar Rösler: «Nur weil in der Schule auch links besetzte Themen wie der Klimawandel debattiert werden, bedeutet dies nicht, dass sie links ist. Unsere Lehrpersonen sind dafür ausgebildet, den Unterricht politisch neutral zu gestalten.» Sie verweist auf den sogenannten «Beutelsbacher Konsens», die allseits anerkannte didaktische Richtlinie für politischen Unterricht. Dieser postuliert sowohl ein Indoktrinationsverbot als auch Multiperspektivität, die darauf abzielt, dass Lehrpersonen Themen kontrovers behandeln müssen.

Klingt gut, aber offensichtlich besteht eine Wahrnehmungslücke zwischen dem Lehrkörper und den bürgerlichen Kritikern. Wer wäre besser geeignet, sie zu erklären, als Titus Meier, 42-jähriger Aargauer Geschichtslehrer und FDP-Politiker in Personalunion. Er schlägt drei Pflöcke ein:

«Ein gewisser Bias existiert», sagt er. Beim Thema Energie etwa werde der Fokus im Unterricht sicher mehr auf sauberen Strom gelegt als auf Energiesicherheit – was dann den Blick auf die Kernkraft beeinflusse. Ein Bias mache sich auch bemerkbar, wenn es um die Industrialisierung gehe. «Die Figur des Unternehmers zum Beispiel kommt oft als Unterdrücker daher, selten steht im Vordergrund, dass er Arbeitsplätze schafft.» Oder die Schweiz im Zweiten Weltkrieg: Während man früher nur über die Aktivdienstgeneration und General Guisan gesprochen habe, diskutiere man heute vor allem darüber, was die Schweiz bei der Abweisung jüdischer Flüchtlinge falsch gemacht habe.

Geschichte als Spiegel der Zeit

Womit wir beim zweiten Pflöck von Meier wären: Der Unterricht in Sozialwissenschaften und Sprachen ist immer ein Spiegel der Zeit. Anders als bei den mathematischen Regeln eines Pythagoras. Der Diskursrahmen ändere sich, und das sei insbesondere in der Geschichte auch wichtig, sagt der Didaktiker Gautschi. Allerdings seien heute «Race, Class, Gender» zu einer so starken Brille geworden, dass bei diesem strukturalistischen Blick auf historische Ereignisse manchmal das «Vorher und Nachher», die Analyse von «Ursachen und Wirkung» verlorengingen.



Wie stark sich die Brille verändert hat, durch die etwa der hochaktuelle Nahostkonflikt in Schweizer Schulbüchern vermittelt wird, hat eine 2019 publizierte Untersuchung an der Universität Basel aufgezeigt: Wurde Israel bis in die 1980er Jahre als «David» dargestellt, der sich gegen den übermächtigen arabischen «Goliath» erfolgreich behauptete, so betrachtete man den jüdischen Staat in den Geschichtsbüchern in den 1990ern zunehmend als eine die Palästinenser unterdrückende Grossmacht. Die propalästinensische Haltung kann man am Verständnis für ihre Methoden, bis hin zum Terror, festmachen: 2004 hielten die Autoren in der überarbeiteten Ausgabe des damals verbreiteten Schweizer Lehrmittels «Weltgeschichte» fest, dass infolge der Terroroffensiven (. . .) «das Palästinenserproblem nun endlich international wahrgenommen wurde». Neuere Lehrmittel, so kommt die Studie zum Schluss, seien mehr um Multiperspektivität bemüht.

Dafür tragen die Jugendlichen heute ungefiltert Ideen und Ideologien aus den sozialen Netzwerken in den Unterricht: nach der Terrorattacke der Hamas zum Beispiel palästinensische Propagandavideos von Tiktok. Wiederum sind es laut Titus Meier «die Kategorien Rassismus und Geschlecht, welche die Schüler neben dem Klima besonders beschäftigen». Und damit sind wir beim dritten Pflock, den Meier einschlägt: Die Politik kommt auch von aussen ins Schulzimmer. Was Folgen auf ihre Sicht der Dinge habe, auch weil viele Schüler nicht mehr gewohnt seien, Quellen zu hinterfragen oder Fake News zu erkennen.»

Dass sich unter den Schülern so häufig eine imperialistische Sicht des Nahostkonflikts mit einem «bösen Westen, der nur Israel hilft», verbreite, dafür könne man deshalb nicht einfach die Lehrerschaft verantwortlich machen.

Angesichts dieser Schwierigkeiten kommt es auch vor, dass Lehrer einen grossen Bogen um politisch kontroverse Themen machen. Sie möchten vermeiden, ins Kreuzfeuer unversöhnlicher Meinungen zu geraten – auch von Seiten der Eltern. Kein Wunder, erschallt deshalb der Ruf, die politische Bildung in der Schule zu stärken. Es war das grosse Thema am Bildungstag des Lehrer- und Lehrerinnenverbandes im vergangenen Herbst. Doch Leute wie Titus Meier und Peter Gautschi wären schon froh, wenn das Fach Geschichte wieder aufgewertet würde. Dieses hat mit dem Lehrplan 21 Lektionen eingebüsst und ist mit Geografie im Fachbereich «Natur, Mensch, Gesellschaft» aufgegangen. Auch in den Gymnasien wurden Stunden abgebaut. «Es geht in den Lehrplänen heute zu stark um Kompetenzen, doch es braucht auch Fakten und eine Breite der Perspektiven, um das Geschehen einzuordnen», sagt Meier.

Kompetenzen statt Wissen: Diesen Fokus des Lehrplans 21 hält Mathias Binswanger, Ökonomieprofessor an der Fachhochschule Nordwestschweiz mit einem Hang zu Bildungsthemen, für eines der Übel, die zum Linksdrall beitragen. «Früher war die Schule eine Disziplinierung zum Gehorsam, ersetzt haben wir sie zum Teil durch eine neue Disziplinierung, jener zur richtigen Gesinnung», sagt Binswanger. Beim Kompetenzunterricht sei die Moral nie weit. Sein liebstes Beispiel ist das Fach Religion: Die Schüler und Schülerinnen wüssten nicht mehr, was in der Bibel stehe, sondern lernten, dass Toleranz wichtiger sei.

Das ist Wasser auf die Mühlen der Schulkritiker: Immer dieses Erziehen zum Gutmenschen! Doch ausgerechnet die SVP oder genauer ein Zürcher Alt-Kantonsrat der SVP, der Sekundarlehrer ist, nimmt seine Zunft in Schutz. «Der Lehrplan bevorzugt keine politische Gesinnung», sagt Matthias Hauser. Er, der sich als Kantonsrat für eine Untersuchung der politischen Neutralität in der Schule aussprach, warnt vor Hysterie: «Es ist wichtig, dass die Gesellschaft genau hinschaut, um auch Kinder zu schützen, deren Haltung von der Mehrheit im Schulzimmer abweicht. Doch wenn Lehrer sich nicht neutral verhalten, ist das weniger Absicht als unüberlegt oder die Folge zeitgeistiger Strömungen.»

Der Unterricht, da sind sich vom Praktiker Hauser bis zum Didaktiker Gautschi alle einig, hat weniger Einfluss auf die politische Sozialisation von Jugendlichen, als man meint. «Die Wirkung von Lehrmitteln», so Gautschi, «ist gemäss Untersuchungen gering.» Grösseren Einfluss hätten die Lehrpersonen. Aber eine klare Ursache-Wirkung-Kette gebe es auch da nicht. Weil vieles von ausserhalb des Unterrichts hineinspielt: Eltern, Freunde, Sportverein, Social Media. Zum Glück.



Trotz linkem Drall der Schule droht der Schweiz nicht die ideologische Gleichschaltung. Dies zu behaupten, wäre Fake News.

Veranstungshinweis

Integration – und was ist mit dem Recht auf Bildung für alle?

Starke Volksschule Zürich, Freitag, 2. Februar 2024, 19 Uhr



Einladung zu einem Vortragsabend mit Diskussion

Referenten

Dr. Eliane Perret, Heilpädagogin und Psychologin

R. Riccardo Bonfranchi, Sonderpädagoge

Ort und Datum

Freitag, 2. Februar 2024, 19 Uhr

Pfarrzentrum Liebfrauen

Weinbergstrasse 36, 8006 Zürich

[Mehr...](#)



**Integration –
und was ist mit dem Recht auf Bildung für alle?**

Einladung zu einem Vortrag mit Diskussion
Freitag, 2. Februar 2024, 19.00 Uhr
Pfarrzentrum Liebfrauen, Weinbergstr. 36, 8006 Zürich

Referenten
Dr. Eliane Perret, Heilpädagogin und Psychologin
Dr. Riccardo Bonfranchi, Sonderpädagoge

Das Thema der Integration und Inklusion beschäftigt uns derzeit auf mehreren politischen Ebenen. In manchen Zürcher Gemeinden ist geplant, die Schule inklusiv auszurichten, in anderen werden wieder Kleinklassen eingeführt. Auf kantonaler Ebene ist die Förderklassen-Initiative am Anlaufen.



Als Co-Autoren des Buches «Integration - Separation - Kooperation» (zusammen mit Renate Dünki) und des Buches «Heilpädagogik im Dialog» werden Eliane Perret und Riccardo Bonfranchi einige wichtige Fragen aufwerfen, die sich in diesem Spannungsfeld stellen.